



Medium: Frankfurter Allgemeine Zeitung  
Datum: 15.11.2006  
Rubrik: Zeitgeschehen

# Bräute ohne Mitgift

Neue Vorstöße zur Fusion von Bundesländern / Von Bernd Heptner

WIESBADEN, 14. November

Die Vorschläge zur Zusammenlegung von Bundesländern waren bisher ein Thema für nachrichtenarme Sommerzeiten. Doch in jüngerer Zeit häufen sich Wortmeldungen und Planspiele zu Länderfusionen. In der Mainzer Staatskanzlei verwies Staatssekretär Stadelmaier (SPD) bisher gern auf die Aktenordner mit Vorschlägen, die er zu einer Vereinigung des Saarlandes mit Rheinland-Pfalz schon gesammelt hat – ohne beim Nachbarn im Westen auf viel Resonanz zu stoßen. Das hinderte Ministerpräsident Beck (SPD) nicht daran, einen Zusammenschluß der beiden Länder für „realistisch“ zu halten und die Überzeugung zu äußern, daß es „irgendwann“ dazu kommen werde. Die Antwort aus Saarbrücken war wie gehabt: Der Gedanke einer Fusion sei unrealistisch. Man solle mit solchen Vorschlägen die guten Beziehungen zwischen den beiden Ländern nicht gefährden und besser weiterhin Kooperationen auf unterschiedlichen Gebieten ins Auge fassen.

Die Fusions-Prognose Becks fiel noch vor der ablehnenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Begehren Berlins nach weiteren Bundeshilfen. Seitdem ist die Diskussion heftiger geworden, vor allem in Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland, die, ob in Zweier- oder Dreierformation, selbst als mögliche Fusionskandidaten gelten. Dies kommt daher, weil auch das Saarland wegen einer angeblich extremen Haushaltsnotlage einen Antrag in Karlsruhe auf Bundeshilfe gestellt hat, über den noch entschieden werden muß. Denn trotz der Bundeshilfen von 6,6 Milliarden Euro zwischen 1994 und 2004, trotz eines rigiden finanzpolitischen Sparkurses und wirtschaftspolitischer Fortschritte befindet sich das Saarland noch immer in einer Situation, die zur Folge hat, daß im Landeshaushalt jeder vierte Euro kreditfi-

nanziert werden muß. Zähneknirschend sieht sich die CDU-Regierung gehalten, die erwarteten Steuermehreinnahmen ausschließlich in die Verringerung der Netto-neuverschuldung zu stecken.

Das Saarland ist also, wenn auch bisher cheunwillig, eine Braut ohne Mitgift. Wenn auch im abgeschwächten Sinne gilt das freilich auch für Rheinland-Pfalz, das in den vergangenen Jahren unter Beck Schulden über Schulden aufgetürmt hat und sich dabei auch in den kommenden beiden Haushaltsjahren trotz wachsender Einnahmen nur wenig bremsen lassen will. Die Steuermehreinnahmen sollen nicht etwa dazu verwendet werden, die Nettokreditaufnahme und damit Zinszahlungen zu verringern, sondern den eingeplanten Verkauf von Landesvermögen zu reduzieren. Hessen macht es dagegen wie das Saarland und reduziert mit den Mehreinnahmen dieses Jahres vor allem die Nettoverschuldung. Betrübt muß Finanzminister Weimar (CDU) allerdings feststellen, daß von den angesetzten 847 Millionen Euro Mehreinnahmen allein 335 Millionen sofort wieder in den Länderfinanzausgleich fließen und damit den notleidenden Ländern zugute kommen.

Der hessische Ministerpräsident Koch (CDU), dessen Bundesland zwar ebenfalls von einem ausgeglichenen Jahreshaushalt meilenweit entfernt ist, aber aufgrund der Wirtschaftsstärke Hessens, gemessen an der Einwohnerzahl, der Hauptfinanzier des Länderfinanzausgleichs ist, hat Prämien für Länder-Ehen vorgeschlagen. Koch hat sich zwar dagegen gewehrt und wehrt sich weiterhin, daß die angeblichen Haushaltsnotlagen der nach Karlsruhe gegangenen Länder Berlin, Bremen und Saarland

Der hessische Ministerpräsident Koch hat „Prämien“ für das Zusammengehen von Bundesländern vorgeschlagen.





Medium: Frankfurter Allgemeine Zeitung  
Datum: 15.11.2006  
Rubrik: Zeitgeschehen

anerkannt werden, weil dann nämlich die Zahlerländer des Finanzausgleichs jahrelang noch stärker zur Kasse gebeten würden. Doch gegen eine einmalige Finanzspritze für jene klammen Länder, die den Gang vor den Altar wagen wollen, hätte er nichts einzuwenden. Koch verwies darauf, daß bei einem Zusammenschluß zweier Länder die finanzielle Situation des neuen Landes kaum besser sei als vorher. Um im Bild zu bleiben: Aus zwei armen Ehepartnern wird noch lange kein reiches Ehepaar. Deshalb fehlt nach den Worten Kochs der Anreiz, ein solches Bündnis einzugehen. Wozu der Anreiz aber letztlich gut sein soll, blieb freilich bei Kochs Vorschlag offen. Etwa weil die Bedeutung eines Ministerpräsidenten steigt,

wenn es davon in Deutschland weniger gäbe? Der saarländische Ministerpräsident Müller (CDU) warnte davor, sich allein von dem Zusammenschluß zweier Bundesländer zuviel zu versprechen. Nach seinen Worten gibt es „keinen belastbaren Hinweis darauf, daß durch eine Länderneugliederung relevante Einsparpotentiale erreicht werden könnten“. Die kleinen Länder seien keineswegs die überdurchschnittlich teuren. Durch Länderneugliederung, so versicherte Müller, seien die Finanzprobleme nicht zu lösen.

Wie diese Finanzprobleme zu lösen sind, dazu hat sich Kochs früherer Koalitionspartner FDP Gedanken gemacht. Der hessische FDP-Vorsitzende Hahn legte dazu ein Papier vor, in dem neben einer verbindlichen Begrenzung neuer Verschuldungen im Grundgesetz und neben einer völligen Neufassung des Länderfinanzausgleichs auch eine Neugliederung der Bundesländer vorgeschlagen wird. Hahn will

nicht hinnehmen, daß der saarländische Ministerpräsident „ungestraft mitteilen“ könne, er wolle nicht heiraten, sondern lieber in Karlsruhe klagen; oder daß Brandenburgs Ministerpräsident Platzeck (SPD) einfach feststelle, sein Bundesland könne mit Berlin nicht mehr zusammengehen, weil dieses zu hohe Schulden habe. In einem „wohlorganisierten Föderalismus in Deutschland“, da ist sich Hahn sicher, „reichen acht bis zehn Bundesländer vollkommen aus“. Von „Hochzeitsgeschenken à la Roland Koch“ hält der FDP-Landeschef allerdings nichts.

Um die Zusammenlegung von Bundesländern zu forcieren, setzt Hahn auf mehr Wettbewerbsföderalismus, weil dadurch der Druck auf die ärmeren Bundesländer erhöht werde, sich zusammenzuschließen. Außerdem will der FDP-Politiker das Grundgesetz in puncto Länderneugliederung vereinfachen und eine Volksabstimmung darüber erleichtern. Der FDP-Politiker unterstellt damit, daß die Bürger zweier Nachbarländer darauf brennen, in einem gemeinsamen Bundesland zu wohnen. Das kann nur jemand annehmen, der zum Beispiel den Stolz der Saarländer auf ihr kleines Land noch nie erlebt hat und auch nicht den Hohn und Spott, den die Bürger in Rheinland-Pfalz über ihre Nachbarn im Westen ausgießen. Auch wenn es unernst klang, war es doch realistisch, als im Kabinett von Müller einmal die Ehe mit Rheinland-Pfalz an drei Bedingungen geknüpft wurde: Das neue Bundesland heißt Saarland-Pfalz, als Hauptstadt fungiert Saarbrücken, und der gemeinsame Ministerpräsident ist Peter Müller, CDU. Die Ehe zweier Bundesländer, ob mit oder ohne Mitgift, ob mit oder ohne Hochzeitsgeschenk, liegt also noch in weiter Ferne.